

Informationsbulletin

1



Justizzugang für Sans-Papiers - Chancen und Grenzen der City Card

Für die Sicherheit von Sans-Papiers ist es zentral, dass sie ihre Rechte: Opfer-, Miet-, Arbeitsrechte z.B. einfordern können. Peter Nideröst legt dar, wie die Züri-City Card das ermöglichen könnte.

Weshalb ist ein möglichst ungehinderter Zugang von Sans-Papiers zur Justiz so wichtig?

Vorauszuschicken ist, dass Sans-Papiers viele grundlegende Rechte haben. Die Schwierigkeit besteht darin, die ihnen zustehenden Rechte auf dem Rechtsweg durchsetzen zu können. Es geht mit anderen Worten um den Rechtsschutz: Rechte stehen und fallen mit der Möglichkeit, den

Rechtsweg beschreiten zu können. Das Bewusst sein, im nötigenfalls an ein Gericht gelangen zu können, schützt vor Diskriminierung und Ausbeutung.

Dies gilt in allen drei zentralen Rechtsbereichen: Zivilrecht, Strafrecht und Verwaltungsrecht. Zuständig sind jeweils verschiedene Behörden und Gerichte, anwendbar sind verschiedene Prozessordnungen, die das Verfahren regeln.

»» Editorial

Liebe Leser:innen,
liebe Spender:innen

Der Zugang zur Justiz ist ein Grundrecht eines jeden Menschen. Und die Schweizer Bundesverfassung garantiert: Grundrechte für alle, unabhängig von der Nationalität oder dem Aufenthaltsstatus. In der Praxis jedoch bleibt Sans Papiers der Zugang zur Justiz aufgrund ausländerrechtlicher Konsequenzen oft verwehrt, denn er birgt viele Risiken. Wird in einem Verfahren von den Behörden festgestellt, dass eine Person keinen geregelten Aufenthalt in der Schweiz hat, droht aufgrund der Meldepflicht die Wegweisung oder Ausschaffungshaft. Aus Angst vor diesen Konsequenzen meiden Sans-Papiers meist den Kontakt mit Behörden, selbst wenn sie Opfer oder Zeugen einer Straftat sind oder sie ihre Rechte einfordern möchten. Sie verzichten auf den Zugang zu Recht und Justiz, weil die Gefahr der Entdeckung und die damit verbundenen Folgen schlimmer sind als die Verletzung ihrer Rechte. Diese Situation führt dazu, dass Sans Papiers oft ohne rechtlichen Schutz bleiben, etwa bei Diskriminierungen, sexuellem Missbrauch oder Ausbeutung.

Die SPAZ setzt sich mit ihrer Arbeit dafür ein, dass Sans Papiers besseren Zugang zur Justiz erhalten.

Hannah Locher, für den Vorstand

Das Zivilrecht ist insbesondere in den zentralen Lebensbereichen Wohnen und Arbeiten von Bedeutung: Voraussetzung für die Durchsetzung von Lohnansprüchen ist beispielsweise der Zugang zum Arbeitsgericht. Die Möglichkeit, ans Mietgericht zu gelangen, schützt vor missbräuchlichen Mietzinsen und Kündigungen.

Das Strafrecht dient in erster Linie dem Staat, den Strafanspruch gegen die Bürger:innen durchsetzen zu können. Es dient aber auch den Bürger:innen als Schutz vor strafbaren Handlungen. Wer von einer strafbaren Handlung betroffen ist, ist auf den Zugang zu den Strafbehörden angewiesen, um die Opferrechte durchsetzen zu

Das Bewusst sein, nötigenfalls an ein Gericht gelangen zu können, schützt vor Diskriminierung und Ausbeutung.

können. Schliesslich können Sans-Papiers auch in anderen Partierollen als beschuldigte Person oder Opfer in ein Strafverfahren involviert sein: Beispielsweise als Auskunftsperson oder Zeug:in in einem Strafverfahren gegen Vermieter:innen wegen Erleichterung des rechtswidrigen Aufenthalts. Auf der politischen Ebene ist die Möglichkeit von Sans-Papiers, Strafanzeige erstatten und Opferrechte durchsetzen zu können, ein zentrales Argument für die Einführung der City Card. Dieses Ziel hat die City Card unbedingt zu erreichen! Die Politik ist gefordert, den strafrechtlichen Schutz von Sans-Papiers sicher zu stellen.

Das Verwaltungsrecht spielt für Sans-Papiers etwa in folgenden Bereichen eine zentrale Rolle: Schule, Heiraten, Sozialversicherung, Familienzulagen und Krankenkassenprämienverbilligung.

Hürden beim Zugang zur Justiz

Der Zugang zur Justiz ist nicht nur für Sans-Papiers mit Schwierigkeiten und Hindernissen verbunden. Allerdings treffen Sans-Papiers diese Hürden in besonderem Masse: Sie leben häufig in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen, sind gesellschaftlich marginalisiert sowie mit rechtlichen Hindernissen wenig vertraut. Hinzu kommen häufig kulturelle und sprachliche Hürden.

Neben diesen allgemeinen Schwierigkeiten, die auch Personen mit einem gere-

gelten Aufenthalt treffen können, kommt bei Sans-Papiers ein weiteres grundlegendes Risiko hinzu: Den Rechtsweg zu bestreiten, setzt die Offenlegung der Identität voraus. Damit verbunden ist regelmässig die

Hier gilt der Grundsatz, dass die Frage der Aufenthaltsbewilligung nur dann abgeklärt werden darf, wenn die Frage des Aufenthaltsrechts für die Beurteilung des Rechtsstreits von Bedeutung ist.

Gefahr, dass die fehlende Aufenthaltsbewilligung behördlich festgestellt wird. Hier gilt der Grundsatz, dass die Frage der Aufenthaltsbewilligung nur dann abgeklärt werden darf, wenn die Frage des Aufenthaltsrechts für die Beurteilung des Rechtsstreits von Bedeutung ist. Das ist beispielsweise im migrationsrechtlichen Verfahren der Fall, in deren Rahmen über Härtefallbewilligungen für Sans-Papiers zu entscheiden ist. Klagen Sans-Papiers z. B. auf dem zivilrechtlichen Wege Lohnansprüche ein, ist die Frage des Aufenthaltsrechts ohne Belang. Im arbeitsrechtlichen Verfahren darf die Frage des Aufenthaltsrechts der klagenden Partei nicht abgeklärt werden. Es ist eine datenschutzrechtliche Frage, ob die rechtswidrige oder rechtskonforme Feststellung des rechtswidrigen Aufenthalts dem Migrationsamt zur Kenntnis gebracht werden darf. Hier gilt der Grundsatz, dass die Weitergabe von Personendaten - also beispielsweise der unregelmässige Aufenthalt - an das Migrationsamt (und auch andere Behörden und Gerichte) einer ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage bedarf.

Es genügt, sich mit der City Card auszuweisen, um die Identität offenzulegen.

City Card als Identitätsnachweis

Besonders risikoreich sind Kontakte zwischen Sans-Papiers und Polizei. Auch hier gilt: Ist die Frage des Aufenthaltsrechts nicht von Bedeutung, darf die Polizei nicht danach fragen bzw. sind Sans-Papiers in diesem Fall nicht verpflichtet, die Frage nach der Aufenthaltsbewilligung zu beantworten. Es genügt, sich mit der City Card auszuweisen, um die Identität offenzulegen. Genau darin liegt die Chance der City Card: Geht es nur, aber immerhin um die Abklärung der Personalien, schützt die City Card vor Fragen zum Aufenthaltsrecht - je-

denfalls soweit, als die Frage der Aufenthaltsbewilligung in keinem Zusammenhang zum Anlass der Polizeikontrolle steht. Das ist beispielsweise bei einer Verkehrskontrolle oder im Falle einer Strafanzeige wegen häuslicher Gewalt der Fall. Auch in allen anderen Rechtsverfahren bietet die City Card die Chance, sich ausweisen zu können, ohne das Risiko eingehen zu müssen, den ungeregelten Aufenthalt offenzulegen.

Allerdings hilft die City Card dort nicht weiter, wo die Frage des Aufenthaltsrechts gerade Anlass für den behördlichen Kontakt oder Gegenstand des Verfahrens ist. Dies gilt nicht nur regelmässig in migrationsrechtlichen Verfahren, sondern beispielsweise auch bei einer Polizeikontrolle wegen des Verdachts des rechtswidrigen Aufenthalts oder der Erwerbstätigkeit ohne die dafür notwendige Bewilligung. Zentral ist aber folgende rechtliche Schranke: Das Aussehen - beispielsweise die Hautfarbe - begründet ebenso wenig den Verdacht des rechtswidrigen Aufenthalts wie das Vorweisen der City Card.

Das Potential der Züri City Card steht und fällt mit anderen Worten damit, Behörden und Gerichte, insbesondere die Polizei, gesetzlich zu verpflichten, dass die Züri City Card als gültiger und ausreichender Identitätsausweis gilt.

Die Chancen der City Card, den Zugang zur Justiz zu erleichtern, steigen mit der Etablierung der City Card als verbreiteten, ja üblichen amtlichen Identitätsausweis. Das braucht nicht nur Zeit, sondern auch viel Sorgfalt bei der Umsetzung der Züri City Card. Das Ziel der Sans-Papiers Bewegung in Zürich muss sein, den Prozess zur Einführung der Züri City Card genau zu beobachten und aufmerksam zu begleiten. Das Potential der Züri City Card steht und fällt mit anderen Worten damit, Behörden und Gerichte, insbesondere die Polizei, gesetzlich zu verpflichten, dass die Züri City Card als gültiger und ausreichender Identitätsausweis gilt.

Peter Nideröst, Rechtsanwalt und bis 2023 Mitglied des Vorstands vom «Verein zur City Card» und langjähriges Vorstandsmitglied der Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ

Sans-Papiers und Wohnungsnot. Rede an der Demo vom 25.5.2024

Liebe Teilnehmende, es ist schön zu sehen, dass wir viele sind! Schweizer:innen und Migrant:innen, Frauen, Männer, Jungendliche und junge Erwachsene.

Wir alle wünschen uns, dass wir hier in Zürich leben können; Familien Junge und ältere Leute, die nicht viel Geld haben. Zürich muss für alle sein!

Mein Name ist Raquel, ich bin Sans-Papiers und aktiv in der Organisation Colectivo sin papeles, die es seit 22 Jahren gibt und mit der Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ verbunden ist. Wir sind im Colectivo, um das Leben für die Sans-Papiers in Zürich menschlicher zu machen: wir kämpfen für Regularisierungen und auch für die

Züri City Card. 10'000 Sans-Papiers leben in unserer Stadt Zürich, viele von ihnen sind Frauen, einige Mütter mit ihren Kindern.

Für Sans-Papiers ist es sehr, sehr schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden; wir sind die ersten, die unter der Wohnungsnot leiden. Als Sans-Papiers können wir selber keinen Mietvertrag unterzeichnen, wir sind dabei auf die Unterstützung von Dritten angewiesen, die uns Wohnraum zur Verfügung stellen oder einen Vertrag für uns unterzeichnen. Leider gibt es immer wieder Leute, die von unserer prekären Situation profitieren und uns ausbeuten. Sie verlangen sehr hohe Mieten oder drohen uns damit, uns auf die Strasse zu stellen. Davor müssen wir immer Angst haben.

Diese ständige Angst macht das Leben zur Qual.

Wir fordern auch für die Menschen mit prekärem Status ein Dach über dem Kopf. Wir fordern mehr verfügbare Wohnungen in Zürich! Für uns Sans-Papiers ist es überlebenswichtig! Wir leben hier und leisten eine wichtige Arbeit: wir reinigen die Wohnungen und Büros, wir leisten Care-Arbeit für Kinder und ältere Menschen. Wir fordern Anerkennung und das Recht auf eine Wohnmöglichkeit!

Wohnungen für alle!



Solidarität und Widerstand ist die einzige Antwort, die Kraft gibt

Laura Marioli ist seit März als Sozialberaterin in der SPAZ tätig

Du bist nun seit drei Monaten bei der SPAZ, wie geht es dir dabei, was sind deine Eindrücke?

Es geht mir gut. Ich denke jetzt gerade an mein Vorstellungsgespräch, wo ich euch die Frage gestellt habe, was euch am besten gefällt an diesem Job, und etwas das mir sehr geblieben ist, ist, dass mehrere Leute zurückgemeldet haben, dass jeder Tag anders sei und es sehr viel Abwechslung gebe. Das hat sich bestätigt. Das unberechenbare, spontane, abwechslungsreiche, das gefällt mir.

Für mich war es sehr wichtig, in einer Organisation zu arbeiten, die nicht staatlich ist. Wo wir versuchen, ein Gegengewicht zum System darzustellen. Und an einem Ort, wo wir mit den Leuten zusammen sind, mit denen wir gemeinsam Politik machen.

Hast du einen bestimmten Bezug zum Thema Sans-Papiers? Bist du dem Thema vorher schon begegnet?

Ja, bei verschiedenen Tätigkeiten. Hauptsächlich bin ich in Berührung gekommen mit Sans-Papiers aus dem Asylbereich. Und was die Thematik betrifft: das ist ein grosses Thema in meinem Leben, ich beschäftige mich auch in meinem Studium damit: Systematische Ausgrenzung aus der Gesellschaft, Diskriminierungsstrukturen.

Und hast du das Gefühl, dem mit deiner Arbeit hier bei der SPAZ etwas entgegenzusetzen zu können?

Ich hoffe es! Das ist die Motivation. Wenn nicht im Grossen, dann doch wenigstens im Kleinen. Im Leben der betroffenen Person ist dies dann sehr im Grossen.

Tag für Tag mit so schwierigen Situationen konfrontiert zu sein, zieht dich das nicht runter?

Es gibt sicher Momente, wo es mich runterzieht, oder wo es mich sehr traurig macht und ich gebe mein Bestes, um nicht diesem Gefühl der Ohnmacht zu verfallen:



die Welt ist schrecklich und wir leben in einem unterdrückerischen System. Ich glaube, Solidarität und Widerstand ist die einzige Antwort. Das Team und die Begegnungen mit den Menschen, schöne, kleinere Momente, wo man zusammen eine Perspektive finden kann, das sind dann die überbrückenden Momente, um wieder rauszufinden.

»» Im Fokus

Gross war die Freude, als nach dem Nationalrat auch der Ständerat am 14. Dezember 2022 eine Motion zur Lockerung des Lehrstellenzugangs für jugendliche Sans-Papiers gutgeheissen hat. Auf diesen Entscheid haben wir gebührend angestossen und uns sehr gefreut über diesen grossen Fortschritt im Leben der Sans-Papiers Jugendlichen und ihrer Familien.



Diese Freude wurde getrübt, als im Rahmen des Vernehmlassungsprozesses des Bundes 2023 klar wurde, dass der Bundesrat beabsichtige, in der entsprechenden Weisung zwar die Reduzierung der vorausgesetzten Schuljahre von 5 auf 2 Jahre vorzunehmen, aber im Begleittext hiess es, dass die gängige Praxis von fünf Anwesenheitsjahren ausgehe und diese durch die Weisungsänderung nicht geändert werde.

Mit vereinten Kräften haben wir mit vielen anderen in diversen Vernehmlassungsantworten darauf hingewiesen, dass

auch die vorausgesetzte Anwesenheit von 5 auf 2 Jahre gesenkt werden müssten, weil die vorgeschlagene Änderung sonst verpuffe.

Anfang Mai wurde bekannt, dass die Weisungsänderung, wie vom Bund vorgesehen per 1. Juni 2024 in Kraft treten werde. Erste Antworten vom Staatssekretariat für Migration SEM fielen ernüchternd aus: Es solle bei den 5 Jahren Anwesenheit bleiben. Wir hatten uns zu früh gefreut. Wir lassen nicht locker und bleiben dran.

Bea Schwager, Leiterin der Anlaufstelle

spaz
Sans-Papiers
Anlaufstelle Zürich

SPAZ Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich
Kalkbreitestrasse 8
8003 Zürich
T: 043 960 87 77

zuerich@sans-papiers.ch
www.sans-papiers-zuerich.ch
PC 85-482137-7
IBAN: CH70 0900 0000 8548 2137 7

Beratungszeiten:
Beratungen nach
vorgängiger Termin-
vereinbarung